



KOMMENTAR

Gedanken zur Polizei

In wenigen Tagen heißt es wieder „der Castor kommt“, auch wenn er bei uns anders heißt, ändert sich nichts an der Tatsache, dass bereits wenige Wochen nach den letzten zwei Einsätzen das Thema erneut in den Focus der öffentlichen Wahrnehmung rücken wird – als ob 2010 nicht bereits gereicht hätte.

Nach einigen Jahren trügerischer Ruhe, wie wir jetzt wissen, meldete sich der „Castor“ mit einem Paukenschlag zurück. Der NDR gelangte zu der Einschätzung, dass es sich bei dem Transport nach Gorleben um den längsten und teuersten Transport überhaupt gehandelt habe. Auch der Widerstand im Wendland erreichte eine neue Qualität.

Zehntausende Menschen demonstrieren, fast 20 000 Polizisten aus ganz Deutschland waren im Einsatz. Und weil das offensichtlich nicht ausreichte, durften wir dann wenige Tage vor Weihnachten bei Schnee und Eis die Fortsetzung in Lubmin erfahren.

Auch wenn die Anti-Atomproteste weitgehend friedlich blieben, stellte jeder Einsatz eine extrem hohe Belastung für alle eingesetzten Beamtinnen und Beamten dar. Neben den ohnehin täglich zunehmenden Belastungen kamen nochmals erhebliche Arbeitsverdichtungen auf die Kolleginnen und Kollegen bei nicht gerade idealen Witterungsbedingungen zu.

Belastungssituation

Anlässlich diverser Anhörungen vor dem Innenausschuss, in vielen Interviews, Presseerklärungen und Pressekonferenzen ... hatte ich in der Vergangenheit die Gelegenheit, mich zur Belastungssituation der Polizei zu äußern. Und auch vor, während und nach den Castor-Einsätzen wurde ich befragt. Das Ergebnis kennt ihr. Wir waren in den Medien präsent.

Und weiter? Sowohl Politik als auch Medien wissen, dass wir bundesweit gigantische Überstundenberge vor uns herschieben, dass Einsätze wie in Gorleben schon die Grenzen vertretbarer Belastungen überschreiten, dass das Personal bei der Polizei immer weniger wird und die Aufgaben täglich zunehmen. Nur was ist dieses Wissen wert??

Die Gesellschaft hat sich an dieses Wissen gewöhnt. Wir sind abgehärtet, werden wir doch täglich von Hiobsbotschaften geradezu überschwemmt.



Michael Silkeit

Foto: C. Kettler

Überdehnung eines Leistungsprofils

Mir gab ein Gespräch mit Kollegen zu denken, in dem eine Kollegin aus Hamburg berichtete, dass sie im vergangenen Jahr zwei Wochenenden (!!)

dienstfrei hatte. Ich frage mich, wie lange geht dieser Krug noch zum Wasser bis er bricht? Wie lange betrachtet man die Polizei noch als eierlegende Wollmilchsau. In Wikipedia erfährt man, die eierlegende Wollmilchsau steht für ein „selbsterklärendes Synonym für die Überdehnung eines Leistungsprofils über einen realistisch machbaren Rahmen hinaus“ (!!)

Michael Silkeit

DANK AN ALLE EINSATZKRÄFTE

Zunehmende Anzahl der Einsätze geht an die Substanz

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern dankt allen anlässlich des Castor-Transportes eingesetzten Kolleginnen und Kollegen für ihr hohes Engagement.

„Trotz widrigster Witterungsverhältnisse hat die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern mit Unterstützung aus dem Bund und den Ländern wieder einen professionellen Einsatz abgeliefert. Dafür danken wir allen Kolleginnen und Kollegen. Dennoch darf das Engagement und der Ehrgeiz vieler, bestmögliche Arbeit

trotz widrigster Bedingungen zu leisten, nicht darüber hinwegtäuschen, dass für viele Einsatzkräfte die Art und die Anzahl der diesjährigen Einsätze an die Substanz ging. Es ist skandalös, wenn uns Kolleginnen und Kollegen vor Ort berichten, dass sie in diesem Jahr lediglich vier Wochenenden (!!)

dienstfrei hatten. Für mich ist das kein Fingerzeig, sondern ein Wink mit dem Zaunpfahl in Richtung Politik, sich endlich für die Polizei einzusetzen“, so der Landesvorsitzende der GdP M-V, Michael Silkeit.

Besonders tragisch ist es, dass Kolleginnen und Kollegen, die den Einsatz unbeschadet überstanden hatten, dann auf der Rückfahrt in ihre Dienststellen auf Grund der Straßenzustände verunfallten.

Wir wünschen allen verletzten Kolleginnen und Kollegen eine baldige Genesung.

Der Landesvorstand



Tag X



REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe März 2011 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 4. 2. 2011. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangte eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (03 85) 20 84 18-10
Telefax: (03 85) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



Besonders begehrt waren bei dem Wetter unsere Handwärmer.



„Heizpilze“ sorgten für etwas Wärme an den Kontrollstellen.



Versorgt wurde nicht nur die Befehlsstelle ...



...besonders wichtig waren uns die Einsatzkräfte vor Ort.



Sehr beliebt waren nicht nur heißer Kaffee bzw. Tee – auch Kuchen und Schokolade!



Eine heiße Bockwurst gab auch den KollegInnen aus NRW ihre ENERGIE zurück.



Ein cooler Schneemann unterstützte diese Kontrollstelle.



Auch für die Kollegen der Bundespolizei kam unsere „Zwischenmahlzeit“ gerade recht.



KNK-TRANSPORT 2010 in das ZLN nach Rubenow – die Gewerkschaft der Polizei war wieder vor Ort dabei

Der wohl größte Polizeieinsatz seit Jahren hatte eine Woche vor Weihnachten nicht nur die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern fest im Griff, sondern erforderte auch die Unterstützung von tausenden Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten anderer Bundesländer sowie der Bundespolizei.

Es war schon fast ein bisschen still geworden um das Zwischenlager für atomare Abfälle in Rubenow (Lubmin) bei Greifswald, lag doch der letzte Castor-Transport schon mehrere Jahre zurück. Mit Hinblick auf die Erfahrungen des letzten Castoren-Transportes nach Gorleben im November und die dort erlebten Demonstrationen war auch für Lubmin einiges für die eingesetzten Polizeikräfte zu erwarten. Nicht nur die Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei M-V waren planmäßig über mehrere Tage eingebunden, sondern eigentlich fast die gesamte Landespolizei war in irgendeiner Form von diesem Einsatz tangiert.

Der Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte sich bereits frühzeitig darüber Gedanken gemacht, wie die Einsatzbetreuung vor Ort aussehen könnte. Gerade die zu erwartende Winterwetterlage hatte eine entscheidende Rolle bei unseren Planungen gespielt. Bereits am Sonnabend zur großen Auftaktdemo in Greifswald mit fast 3000 Teilnehmern waren wir mit unserem „Einsatzmobil“, unser GdP-Kleintransporter, mit zwei Kollegen sowie unserem Landesvorsitzenden Michael Silkeit im Einsatzraum unterwegs, um die eingesetzten Kräfte mit heißen Getränken und kleinen Snacks zu versorgen. Unsere frühe Anwesenheit vor Ort hat auch wesentlich dazu beigetragen, noch offene an uns herangetragene Probleme für unsere Kollegen zu klären.

Das im Laufe einer Zwölf-Stunden-Schicht nun doch noch eine warme Suppe an die Einsatzkräfte ausgegeben wurde, ist der beharrlichen Nachfrage unserer GdP-Vertreter zu verdanken. Auch mit der Berechnung der Einsatzzeiten, insbesondere der Bereitschaftszeiten hatte der eine oder andere Vorgesetzte so seine liebe Mühe, obwohl es eine klare Landesregelung gibt. Die wurde letztlich dann auch nach unserer Intervention so durchgesetzt. Mit Beginn der „heißen Phase“ am darauf folgenden Montag waren

durchgängig immer mindestens drei Betreuer-Teams im Einsatz. Wegen der frostigen Temperaturen und dem eisigen Wind zeigte sich sehr schnell, dass wir mit unseren Planungen und Vorbereitungen genau richtiggelegen haben. Die heißen Bockwürste, die wir an Bord hatten, gingen weg wie die oft zitierten „warmen Semmeln“, heiße Getränke sind sowieso immer gefragt. Aus den Erfahrungen von Gorleben wussten wir, dass auch die kleinen Handwärmer sehr gut und gerne angenommen wurden. Deshalb hatten wir uns im Vorfeld dieses Einsatzes mit einer einheimischen Firma in Verbindung gesetzt, die solche Hand- und Fußwärmer anbietet und dort einen größeren Posten geordert. Auch diese wurden von den Einsatzkräften sehr gerne genommen, da die Wirkzeit dieser Hand- und Fußwärmer fast für die Schichtzeit ausreichend ist. Frischer Kuchen, den unsere Rostocker Kollegen aus einer kleinen Bäckerei aus Graal-Müritz organisiert hatten, rundete unsere Angebotspalette ab. Insbesondere die Einsatzkräfte der anderen Länderpolizeien haben unseren GdP-Betreuer-Teams ganz herzlich für die Unterstützung bei diesem Einsatz gedankt. Sie waren diesbezüglich sehr positiv überrascht, was der kleine Landesverband der Gewerkschaft der Polizei in der Lage ist so auf die Beine zu stellen. Vergleiche mit anderen Bundesländern brauchen wir, was die Betreuungsarbeit bei Großinsätzen betrifft, wahrlich nicht zu scheuen.

Für den zu erwartenden nächsten Großinsatz „CASTOR-Lubmin“ Mitte Februar 2011 wird die Gewerkschaft der Polizei wieder vor Ort unsere Kolleginnen und Kollegen betreuen.

Auf die GdP ist immer Verlass

Eine abschließende Bemerkung noch am Rande. Das bei einem solchen Großinsatz bei der Kräfteplanung nicht im-



mer alles klappt, liegt in der Natur der Sache. Jedoch sehr frustriert waren insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Technischen Einsatzinheit der BP M-V. Während andere TEE'en anderer Bundesländer vor Ort im Einsatz waren, verblieben unsere eigenen Landeskräfte im Wesentlichen in Rufbereitschaft. Hier sind deutliche Parallelen zum Beispiel des G8-Gipfels in Heiligendamm zu ziehen, als unsere Tauchergruppe der BP M-V damit beschäftigt war, Sperrgitter aufzubauen, während Polizeitaucher anderer Bundesländer zu taucherspezifischen Einsätzen kamen. Auch spricht aus unserer Sicht mehr dafür, die BP M-V als geschlossene Abteilung mit eigenem Einsatzauftrag und -abschnitt und Abteilungs-führung einzusetzen, als sie zerstückelt zum Einsatz zu bringen.

Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei M-V



Appell in Vorbereitung des Castor-Transportes

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern appellierte an alle Demonstranten, die sowohl am 11. Dezember als auch an den darauf folgenden Tagen in Greifswald, Lubmin und Umgebung gegen den geplanten Castor-Transport demonstrieren wollen, dieses gewaltfrei zu tun und sich insbesondere den Anweisungen der eingesetzten Polizeikräfte nicht zu widersetzen.

„Für meine Kolleginnen und Kollegen gehören Castor-Transporte zu den schwierigsten Einsätzen überhaupt. Wir müssen auf der einen Seite das Demonstrationsrecht uneingeschränkt gewähren und auf der anderen Seite aber auch die Sicherheit des Transportes gewährleisten“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Silkeit.

Als nicht hilfreich bezeichnet die Gewerkschaft der Polizei Aufrufe führender Landespolitiker zu „zivilem Ungehör-

sam“. „Der Grat zum Missverständnis und damit zur Straftat ist schmal. Schnell können derartige Äußerungen von prominenter Seite als Aufforderungen zur Begehung von Straftaten verstanden werden“, so Silkeit weiter.

Die Gewerkschaft der Polizei kann durchaus die Position führender Landespolitiker zur Atompolitik nachvollziehen. Aber alles hat seine Zeit und seinen Ort.

Der Landesvorstand

Schlagzeilen

„Zoll soll notfalls **Polizei helfen**“ meldete am 21. Dezember 2010 die Deutsche Presse Agentur: Der Zoll in Mecklenburg-Vorpommern sollte nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, **Hartmut Koschyk**, in besonderen Gefahrensituationen Polizeiaufgaben wahrnehmen dürfen. Koschyk warb in einem dpa-Gespräch für eine „Eilzuständigkeit“ des Zolls und begründete dies mit den positiven Erfahrungen in anderen Bundesländern. „Wenn Gefahr im Verzug ist, sollte der Zoll handeln dürfen.“ Bisher dürfen Zollbeamte in Mecklenburg-Vorpommern, wenn sie beispielsweise bei einer Kontrolle einen erkennbar alkoholisierten Autofahrer antreffen, die Weiterfahrt nicht untersagen.



LANDESMEDIEN

+++ Castor-Schlagzeilen +++



+++ Der Greifswalder Abgeordnete **Egbert Liskow** (CDU, Foto) hat der Polizei für ihren Einsatz zur Absicherung des jüngsten Castor-Transportes ins Zwischenlager Nord bei Lub-

min gedankt und äußerte gleichzeitig Verständnis für die Verärgerung der Einwohner über die Verkehrsbehinderungen. „Der Einsatz erfolgte vorbildlich und professionell. Die Polizisten haben ganz entscheidend dazu beigetragen, dass der Transport erfolgreich durchgeführt werden konnte. Sie haben durch sehr umsichtiges Verhalten zugleich die Gesundheit von Demonstranten geschützt, die teilweise für die Jahreszeit völlig unzureichend bekleidet waren. Manch ein Demonstrant war nach Stunden im Schneetreiben offensichtlich ganz froh, von den Polizeieinsatzkräften vom zugigen Demonstrationsort weggetragen worden zu

sein und in ein geschütztes Fahrzeug oder ein Zelt zu gelangen. Das Verhalten der Aktivisten der Organisation Robin Wood, die sich bei Eis und Schnee an den Gleisen festgekettet hatten, sollte noch einmal unter strafrechtlichen Gesichtspunkten geprüft werden. Ich bin der Auffassung, dass dies nicht mehr unter das geschützte Demonstrationsrecht fällt.

Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern der Region, die bedingt durch die zugereisten Demonstranten den gestrigen Tag in ihrer Mobilität eingeschränkt waren, für ihr Verständnis. Gerade die unumgängliche Schließung vieler Bahnübergänge hat zu Einschränkungen geführt, die sicher nicht einfach zu bewältigen waren. Insoweit kann ich den persönlichen Ärger mancher betroffener Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen. Gleichzeitig gab es zu den Schrankenschließungen jedoch keine Alternative, da nicht auszuschließen war, dass Castor-Gegner den Schienenweg mit Fahrzeugen blockieren“, so Egbert Liskow. +++ Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister **Lorenz Caffier** (CDU) hat seine Ankündigung wahrgemacht und nach dem Castor-Transport nach Lubmin An-

zeige gegen zwei Atomkraftgegner gestellt. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft Stralsund. Die 28 Jahre alte Frau aus Dresden und der ein Jahr ältere Mann aus Köln blockierten die Fahrt des Castor-Transportes für Stunden, indem sie sich an die Gleise ketteten. +++

Zweiter Castor-Transport

Die fünf Castoren mit Atomabfällen aus der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe sollen nach **Ostsee-Zeitung**-Informationen am 17. Februar im Zwischenlager Nord (ZLN) nahe Lubmin ankommen.

Der Zug mit den sechs Meter hohen Behältern soll einen Tag zuvor in Karlsruhe starten. In den fünf Castor-Behältern befinden sich 140 sogenannte Glasokillen. Dabei handelt es sich um 100 Kilogramm Rückstände von 60 Kubikmetern hoch radioaktiver Uran-Plutonium-Brühe aus der Wiederaufarbeitung, die in 400 Kilogramm Glas eingeschmolzen wurde.

Nach dem Transport im Februar ist das Lager mit 74 Castoren nahezu voll.



KREISGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI / LPBK M-V

Gratulation an unsere runden Geburtstagskinder

Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei in der BP LPBK M-V gratuliert ihren Mitgliedern, die im 1. Quartal 2011 ihren Geburtstag feiern können, insbesondere denjenigen, die eine „Null“ oder „Fünf“ zu feiern haben. Von dieser Stelle aus wünschen wir unseren Jubilaren zu ihrem Ehrentag beste Gesundheit sowie für die Zukunft viel Erfolg im Beruf sowie im Privaten.

Sabrina Kalcher aus der 1. Einsatzhundertschaft am 14. 1. – aus dem Landespolizeiorchester am 16. 1. – **Ralf Hübner** aus dem LPBK am 20. 1. – **Egon Müller** aus der Technischen Einsatzeinheit am 1. 2. – **Joscha Hügel** aus der 1. Einsatzhundertschaft am 4. 2. – **Anne Hingst** am 5. 2. – **Kai Nieswandt** aus der 2. Einsatzhundertschaft am 11. 2. – **Regine Paper** aus dem LPBK am 11. 2. – **Harald Dargatz** aus der Technischen Einsatzeinheit am 13. 2. – **Thomas Bleckwehl** aus der 1. Einsatzhundertschaft am 17. 2. – **Toni Voß** aus der 2. Einsatzhundertschaft am 18. 2. – **Johannes Kretschmer** aus dem LPBK am 21. 2. – **Ulf Znoyok** aus der Technischen Einsatzeinheit am 23. 2. – **Nicole Hornfeldt** aus der

1. Einsatzhundertschaft am 24. 2. – **Uwe Schorcht** aus dem Führungsstab am 4. 3. – **Marc Grabowski** aus dem Landespolizeiorchester am 6. 3. – **Lutz Freitag** aus der Seniorengruppe am 13. 3. – **Hartmut Krämer** aus der Technischen Einsatzeinheit am 17. 3. – **Karsten Schuldt** aus der BFE am 18. 3. – **Helga Klein** aus der Seniorengruppe am 21. 3. – **Andreas Bernitt** aus der Technischen Einsatzeinheit am 25. 3. – **Anika Pasch** aus der 1. Einsatzhundertschaft am 27. 3. – **Horst Barck** aus der Seniorengruppe am 30. 3.

Ganz besonders gratuliert unsere Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei **Karsten Lemke** aus der 2. Einsatzhundertschaft am 8. 1. 2011 und **Meinhard Dahlmann** aus der 1. Einsatzhundertschaft

am 15. 3. 2011, die beide ihr 25-jähriges Dienstjubiläum begangen haben.

Auf eine 25-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft kann unser Kollege **Lutz Jansen** aus der BFE am 1. 2. 2011 zurückblicken.

Herzlichen Glückwunsch.

KGBP/LPBK M-V

KG LKA M-V

Die Kolleginnen und Kollegen der GdP-Kreisgruppe LKA M-V gratulieren im Februar **PD Erhard Gorlt** sowie auch der Kollegin **Heide-Marie Dräger** zu ihrem 60. Geburtstag.

KREISGRUPPE NORDWEST-MECKLENBURG

Überraschung im Polizeirevier

Die Kollegen Maik Schröder und Uwe Burmeister überraschten die Kollegen der Polizeireviere Wismar, Gadebusch und Grevesmühlen sowie der Wasserschutzinspektion Wismar und dem APR Metelsdorf. Es ging dabei gar nicht vordergründig um die Mitbringsel, Kalender und Geschenke. Der solidarische Gedanke stand im Vordergrund. Maik und Uwe wollten als Kreisgruppe der GdP den diensttuenden Kollegen auch am Heilig Abend zeigen, dass es Menschen gibt, die an sie denken und keiner alleine gelassen wird. So war die Zeit wichtig, welche wir miteinander plauderten, soweit das die Dienstgeschäfte zuließen. Ganz nebenbei konnte auch die eine oder andere Personalratsangelegenheit besprochen werden. Obendrein hatten einige doch Bedenken, ob sie denn bei dem Schneetreiben überhaupt abgelöst werden und noch gut nach Hause kommen. In Grevesmühlen und Gadebusch war rings um die Dienststelle auch schlecht geräumt.



Uwe Burmeister übergab ein kleines Weihnachtsgeschenk.

Computer, wir kommen!!!

Vor Jahresfrist, auf der Seniorenweihnachtsfeier der GdP-Kreisgruppe Neubrandenburg, wurde der Wunsch geäußert, einen Computerkurs durchzuführen. Bei einem späteren Treffen der Senioren wurde dieser Wunsch noch einmal unterstrichen und Bereitschaftserklärungen abgegeben.

Durch den Vorstand der Kreisgruppe wurde dieser Wunsch nun aufgegriffen und ein Partner zur Durchführung eines solchen Kurses gesucht. Dieser Partner wurde die Urania. Auch ein entsprechender Lektor war vorhanden. Im Oktober wurde dieser Computerkurs nun gestartet. Wegen der starken Nachfrage wurde der Kurs in zwei Gruppen unterteilt. Herr Jasinski, als unser Lektor, führte uns schrittweise an die Möglichkeiten im Umgang mit dem Computer heran. Dabei wurden die Möglichkeiten aber auch die Gefahren im Umgang mit dem Computer aufgezeigt. Da wir als Kursteilnehmer spezielle Wünsche äußerten, wurden diese berücksichtigt. Wir wurden, unter anderem, in der Bildbearbeitung, dem Erstellen einer Fotoshow, dem sicheren Umgang im Internet als auch in die verschiedenen Internetprogramme eingewiesen. Unser Lektor verlor nicht gleich



die Geduld, wenn es bei einem Teilnehmer nicht so funktionierte, wie es sollte. Es wurde dann alles in Ruhe noch einmal wiederholt, so dass jeder mitkam. Nach

30 Stunden gezielten Unterrichts sind wir als Senioren zwar nicht perfekt im Umgang mit dem Computer, uns wurde aber ein Großteil der Angst genommen und wir trauen uns nun auch an verschiedene Programme heran, die wir sonst nicht beachtet hätten. Wir erhielten umfangreiches Material, wo die einzelnen Schritte, für die vorher genannten Aktivitäten, ausführlich erläutert sind. Zum Abschluss gingen wir noch gemeinsam Essen und ließen so unseren Lehrgang in gemütlicher Runde ausklingen. Wir möchten uns noch bei Herrn Jasinski, der Urania und auch dem Vorstand der GdP-Kreisgruppe Neubrandenburg recht herzlich bedanken. Wir sind auch noch übereingekommen, den Lehrgang weiterzuführen. Dann wollen wir manches wiederholen und, unter anderem, uns auch mit Bildpräsentationen befassen.

Horst Schuldt

WEIHNACHTSFEIER

Der Weihnachtsmann in Bredenfelde

Auch in diesem Jahr hatte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wieder zur Kinderweihnachtsfeier nach Bredenfelde geladen. 38 Kinder kamen mit ihren Eltern und Großeltern.

Die traumhaft geschmückte Kulisse des Schlosses bietet sich für solch eine Feier hervorragend an.

Das Hotelpersonal hatte die Kaffeetafeln weihnachtlich eingedeckt und noch eine Extratorte für die Kleinen gebacken. Die Kinderaugen leuchteten und wurden ganz groß, als der Weihnachtsmann mit seiner Rute und seinem Geschenkesack den Raum betrat.

Mit zögerlichen, aber auch mit selbstbewusst vorgetragenen Gedichten und Liedern wurde der Weihnachtsmann überzeugt, die mitgebrachten Geschenke „rauszurücken“. Einen ganz großen Dank an die Organisatoren (siehe Bild).

Wir freuen uns schon auf die nächste Feier im Jahr 2011.

Verena Splettstößer



Maßnahmen der Gefahrenabwehr bei „Häuslicher Gewalt“ in den Niederlanden

Von Rainer Becker, Polizeidirektor,
Rainer Böttcher, Polizeihauptkommissar, und
Marco Michelmann, Polizeioberkommissar,
FHöV Güstrow/Mecklenburg-Vorpommern

Häusliche Gewalt ist ein internationales Problem und kommt in allen Bevölkerungsschichten vor. „Weltweite Studien belegen, dass zwischen 20 und 59 Prozent aller Frauen bereits von ihrem Intimpartner geschlagen wurden.“ Vor dem Jahr 2001 wurde dieses Problem in Deutschland noch nicht in einem solchen Maß thematisiert. Damals hieß es im polizeilichen Sprachgebrauch noch „Familienstreitigkeit“ oder „Ehekrach“ und wurde meist als sogenannte Privatangelegenheit abgetan. In den letzten Jahren hat sich diesbezüglich vieles verändert. Mit dem Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes am 1. 1. 2002 wurde dieses in den einzelnen Bundesländern auch zügig umgesetzt. Hierdurch kam es auch in den einzelnen Ländern zu neuen polizeilichen Eingriffsbefugnissen. Man hatte erkannt, dass das Eingreifen der Polizei in Fällen häuslicher Gewalt eine wichtige Signalfunktion auf Opfer und Täter hat.

Auch auf europäischer Ebene wurde an dieser Problematik gearbeitet. Bereits 1997 wurden durch den Europäischen Rat in Straßburg konkrete Handlungsschritte zum Abbau von Männergewalt gegen Frauen gefordert, d. h. die Einführung des Aktionsplanes im Zusammenhang mit der Gewalt gegen Frauen.

Einzelne Länder erarbeiteten nationale Konzepte zur Bekämpfung bzw. Verhinderung häuslicher Gewalt und begannen auch mit deren Umsetzung.

Die Niederlande gehörten ebenfalls dazu.

Maßnahmen in den Niederlanden

Am 1. 10. 2000 begann das niederländische Justizministerium eine nationale Kampagne zur Bekämpfung häuslicher Gewalt.

Dazu erfolgte eine Zusammenarbeit mit mehreren Organisationen in diesem Bereich. Da in den Jahren zuvor bereits erfolgreiche Partnerschaften zwischen Regierung und privaten Agenturen zur Organisation von Projekten für Opfer und Täter gebildet worden waren, musste nicht bei „Null“ angefangen werden.

Das erklärte Ziel bestand darin, gemeinsam effiziente Wege für den Umgang mit häuslicher Gewalt zu finden.

Die Kampagne sollte somit die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen und den privaten Organisationen sowie den Informationsaustausch verbessern.

Dazu wurden die drei Arbeitsgruppen – Zusammenarbeit
– Fachwissen und
– Umgang mit Opfer und Täter gebildet.

a) Die Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit“ hatte die Aufgabe, die Registrierung von Fällen häuslicher Gewalt sowie den Informationsaustausch unter Berücksichtigung des Datenschutzes zu verbessern.

b) Bei dem Bereich „Fachwissen“ hatte die Förderung der Kenntnisse von Fachleuten eine hohe Priorität. Dabei war es besonders wichtig, Hausärzte, Kinderärzte, Sozialarbeiter, Polizeibeamte und Lehrer in diesem Bereich zu sensibilisieren.

c) Für die Arbeitsgruppe „Umgang mit Opfer und Täter“ lag der Schwerpunkt in der Schaffung bestmöglicher Opferbetreuung sowie einer wirksamen Täterbehandlung.

An der Kampagne waren im staatlichen Bereich u. a. verschiedene Ministerien (z. B. Innenministerium, Gesundheitsministerium, Bildungsministerium, Sozialministerium und Justizministerium), Polizei, Staatsanwaltschaft, Richter sowie dazugehörige Ausbildungseinrichtungen beteiligt.

Im Bereich der privaten Organisationen gehörten Frauenhäuser, verschiedene Institute, Opferhilfe-Einrichtungen und Hotlines gegen Kindesmissbrauch dazu. Auf eine abschließende Aufzählung im Rahmen dieser Arbeit wird verzichtet.

Diese Kampagne endete am 1. 4. 2002. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die verschiedenen Organisationen die Grundla-

gen für die weitere Zusammenarbeit gelegt.

Als Teil dieser Kampagne eröffnete das niederländische Justizministerium am 1. 3. 2001 die Internet-Webseite www.huiselijkgeweld.nl, auf der Behörden und Organisationen wichtige Informationen erhalten können. Weiterhin erfahren dort Opfer, wo sie Hilfe bekommen.

Im Jahr 2002 führte die niederländische Regierung das Programm „Private Gewalt – eine öffentliche Angelegenheit“ ein. Dieses ressortübergreifende Programm für mehrere Ministerien und private Organisationen enthielt zahlreiche Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und sollte bis zum Jahr 2008 gültig sein.

Diese Maßnahmen zielten speziell auf die Schaffung einer Infrastruktur, einer Verbesserung der Zusammenarbeit, der Umsetzung von Gesetzen und der Bereitstellung von Hilfe ab.

Auch hier war es wichtig, dies als fortlaufenden Prozess zu verstehen und das Augenmerk immer auf die Eindämmung und Beendigung von häuslicher Gewalt zu richten.

Zu diesem Programm gehörte es auch, bestehende und geplante Projekte miteinander zu vernetzen. Weiterhin sollten wirksame Konzepte für das rechtzeitige Erkennen von häuslicher Gewalt, eine strenge Risikobewertung, schnelle und wirksame Maßnahmen für die Hilfe von Opfern sowie Korrekturmaßnahmen für

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

Täter erarbeitet werden. Es wurde auch großer Wert auf die Schaffung bzw. den Ausbau von sogenannten Beratungs- und Supportzentren gelegt. In den größten Gemeinden und Städten wurde dieser Auf- bzw. Ausbau von der Regierung finanziell unterstützt. Diese Zentren sollten als eine Art von „Front-Office“ die Zusammenarbeit lokaler und/oder regionaler Behörden gewährleisten.

Die Betriebsfähigkeit dieser Zentren wurde in einer Vereinbarung auf den 1. 1. 2006 festgelegt.

Somit wurde in den Niederlanden erkannt, dass keine Behörde oder Organisation das Problem von häuslicher Gewalt alleine lösen kann.

In diesem Programm wurde den kommunalen Behörden die führende und koordinierende Rolle übertragen. Sie sind dafür zuständig, Partnerschaften auf lokaler Ebene zusammenzubringen. Den Kommunen steht es frei, die Verwaltung selbst zu übernehmen oder sie an andere zu delegieren.

Weiterhin hat die Regierung zusätzliche Mittel für den Ausbau von Frauenhäusern, welche zum Schutz von Frauen und Kindern in schwereren Fällen von häuslicher Gewalt erforderlich sind, bereitgestellt.

Es wurde jedoch nicht nur an die Bereitstellung von Schutz für die Opfer gedacht, sondern auch an eine Behandlung der Täter. Hierbei wurde bereits in den vergangenen Jahren die forensische Psychiatrie beteiligt, um ein effektives und bewährtes Projekt für die Täterbehandlung zu erarbeiten.

Zur Unterstützung der gesamten Kette von Behörden und Organisationen bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt wurde der nationale Stützpunkt „TransAct“ eingerichtet, durch welchen auch die genannte Internetadresse betreut wird.

Um die Maßnahmen und Möglichkeiten bei häuslicher Gewalt der Bevölkerung näherzubringen, wurde im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ein sogenanntes Starterkit mit praktischen Informationen zum Thema „häusliche Gewalt“ erstellt. Weiterhin wurden mehrere Werbekampagnen und Internetseiten gestartet, um unter anderem auch das Beratungs- und Meldezentrum für Kindesmissbrauch zu fördern. Am 1. 3. 2003 wurde für die Polizei das landesweite Projekt „Häusliche Gewalt und die Aufgabe der Polizei“ ins Leben gerufen. Zweck des Projektes war es, bei den Mitarbeitern der Polizei ein Bewusstsein für die Problematik zu entwickeln und das Fachwis-

sen zu fördern. Weiterhin wurde im Rahmen dieses Programms die nationale Registrierung von häuslicher Gewalt entwickelt.

Bezüglich häuslicher Gewalt wurden daraufhin alle Polizeiregionen mit regionalen Bestandhaltern auf strategischer Ebene und regionalen Koordinatoren auf taktischer Ebene ausgestattet.

Darüber hinaus sind mittlerweile viele Mitarbeiter der Polizei speziell im Umgang mit Opfern und Tätern häuslicher Gewalt ausgebildet bzw. geschult worden.

Im Anschluss an die bereits dargestellten Programme wurde von der Regierung der Aktionsplan „Die nächste Phase“ für den Zeitraum 2008 bis 2011 erarbeitet.

Der Ansatz dieses Aktionsplans umfasst die Verhütung, Erkennung und Intervention von häuslicher Gewalt.

Speziell wurden in diesem Aktionsplan die Themen Kindesmissbrauch, einstweilige Verfügung, Datenschutz, Forschung und fortführende Werbekampagnen behandelt.

Im Bereich Kindesmissbrauch wurde in den Regionen ab dem 1. 1. 2008 der sogenannte RAAK-Ansatz eingeführt. Ziel dieses Ansatzes ist die Entwicklung einer umfassenden Strategie zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs. Diese neue Form der Zusammenarbeit muss bis Ende 2010 in den Niederlanden eingeführt werden.

Dieser Ansatz hat folgende Prioritäten:

- mögliche Vorbeugung von Kindesmissbrauch und
- Untersuchung jedes Verdachts und daraus resultierend das sofortige Stoppen von Kindesmissbrauch sowie Verringerung der negativen Auswirkungen durch schnelle Hilfe.

Weitere Punkte sind

- die Erhöhung der unterstützenden Dienstleistungen für Eltern
- die Verbesserung der Zusammenarbeit bezüglich der Früherkennung sowie für die schnelle Veranlassung von Maßnahmen
- die berufliche Fortbildung der damit befassten Mitarbeiter und
- die Ernennung von lokalen Koordinatoren für die Integration in den laufenden Arbeitsprozess.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Schlagzeilen

Nordkurier-Artikel vom 7. 12. 2010: **„Polizei in MV späht sensible Daten aus“**. Die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern sammelt besonders sensible personenbezogene Daten wie zu Krankheitsbildern oder religiösen und politischen Überzeugungen. Entsprechende Informationen der Redaktion bestätigte auf Nachfrage die Sprecherin des Innenministeriums, Marion Schlender. Eine konkrete Zahl der Fälle konnte sie nicht nennen: „Darüber gibt es keine Statistik.“ Es handele sich um Einzelfälle. +++

Die FDP-Landtagsfraktion hat eine schnelle Untersuchung zu der angeblichen Sammlung sensibler Daten durch die Polizei gefordert. Daten von Bürgern dürften nur unter Beachtung gültiger Rechtsgrundlagen erhoben, gespeichert und verarbeitet werden, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Gino Leonhard. „Wenn nun der Verdacht naheliegt, bei der Polizei in M-V seien hochsensible Daten ohne entsprechende Rechtsgrundlage erhoben worden, wäre das ein Skandal sondergleichen“. +++

Nach ersten Analysen hat es in Mecklenburg-Vorpommern 2010 deutlich weniger **Straftaten** gegeben als im Jahr zuvor. Gründe für den Rückgang seien der Bevölkerungsschwund wie auch bessere Prävention, sagte Innenminister Lorenz Caffier (CDU). Zugleich sei eine Internationalisierung der Kriminalität und eine Verlagerung der Straftaten auf das weltweite Datennetzwerk zu beobachten. „Es ist einfacher geworden, jemanden im Internet zu erpressen als einen Menschen zu entführen“, so der Minister. Die Aufklärungsrate im Land erhöhte sich leicht auf rund 60 Prozent. +++

Die Zahl der Verkehrstoten in Mecklenburg-Vorpommern ist im vergangenen Jahr drastisch gesunken. Auf den Straßen des Landes seien nach einer vorläufigen Statistik der Landespolizei 108 Menschen ums Leben gekommen, teilte das Schweriner Innenministerium am 9. 2. 2011 mit. Damit sei die Opferzahl um mehr als 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. 2009 waren im Nordosten noch 155 Tote im Straßenverkehr zu beklagen gewesen. Die deutliche Abnahme sei auch ein Erfolg der „kontinuierlichen Verkehrssicherheitsarbeit und der nicht nachlassenden Kontrolltätigkeit der Landespolizei“, erklärte Minister Lorenz Caffier (CDU) in einer ersten Bewertung.

